

Cübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktäglichen Bevölkerung

Der "Cübeder Volksbote" erscheint täglich nachmittags sonder an Sonn- und Feiertagen und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu bestellen. — Abonnementpreis jährlich 2.40 M., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Telegraph: Nr. 826

Die Anmeldegebühr beträgt für die jedesmalige Besetzung oder deren Raum 25 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungssachen 15 Pf., auswärtige Anzeigen 30 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 50.

Mittwoch, den 28. Februar 1917.

24. Jahrg.

Ein großer Tag.

Vor dichtbesetztem Hause und überfüllten Tribünen hielt gestern im Reichstage der Reichskanzler keine mit Spannung erwartete Rede. Sie brachte, wie es auch wohl kaum anders zu erwarten war, wenig Neues. In scharfen Strichen kennzeichnete der Redner die gegenwärtige Lage. Ressourcenschwäche können wir auf seine, sowie die gänzenden Ausschüttungen Scheidemanns heute nicht eingehen. Wir werden morgen darauf zurückkommen und müssen unsere Leser bitten, sich heute mit dem nachfolgenden ausführlichen Sitzungsbericht zu begnügen.

83. Sitzung.

Das Haus ist sehr gut besucht. Die Tribünen sind überfüllt.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Die erste Lesung des Gesetzes wird fortgesetzt, in Verbindung damit die erste Beratung der Steuervorslage.

Reichskanzler von Bethmann-Hollweg: Während unsere Krieger draußen im Trommelfeuer der Schußengräben stehen und unsere U-Boote in Todesverachtung die See durchkreuzen, während wir an nichts anderes zu arbeiten haben, als Gesühne und Munition zu schaffen, Lebensmittel zu erzeugen und gerecht zu verteilen, mitten in diesem außergewöhnlich geführten Kampf um Leben und Zukunft unseres Reichs gibt es nur eine Forderung des Tages: Kämpfen und siegen! (Beifall.) Die Bewilligung der neuen Kriegskredite mit überwältigender Mehrheit hat aller Welt unter den unübertraglichen Erfolg verführt, zu fechten, bis die Feinde zum Frieden reif sind. (Beifall.) So entscheidend die Frage für unsere Zukunft ist, wie dieser Friede aussehen wird, so hatte ich es doch für verfrüht, mich meinerseits an der Aussprache darüber zu beteiligen. (Sehr richtig!) Die feindlichen Machthaber haben mit ihren aussichtsreichen Zusicherungen nur erreicht, daß sie sich und ihre Völker in den Krieg immer lieber verstrickt haben. (Sehr richtig!) Ihr Beispiel reizt mich nicht. (Sehr gut!) Was ich sagen konnte, habe ich wiederholter gezeigt: Dem Kriege ein Ende zu machen durch einen dauerhaften Frieden, der uns Entschädigung gewährt für alle erlittenen Unbill und der einem starken Deutschland Dasein und Zukunft sichert. Das ist unser Ziel! (Lebhafte Beifall.) Auch was die großen Probleme der inneren Politik anbelangt, will ich mich auf einige allgemeine Bemerkungen bechränken. Neuorientierung? Kein schönes Wort, das ich, wie ich glaube, zum ersten Male in den Mund nehme. Es steht doch nicht in unserem Belieben, ob wir uns neuorientieren wollen oder nicht. Die neue Zeit mit dem erneuerten Volk ist da. (Sehr richtig!) Der gewaltige Krieg hat sie geschaffen. (Beifall.) Ein Geschlecht, das in so ungeheuren Erleben und aus tiefster erschüttert worden ist, ein Volk, von dem ein feldgrauer Dichter sagen konnte, daß sein armer Sohn auch sein getreuer sei. (Bravo!) Das sind lebende Kräfte, die sich in keine Parteihabn zwingen lassen. (Sehr richtig!) Der Gedanke, das deutsche Volk zu belobnen für das, was es getan hat, ist mir immer als entwürdigend erschienen. (Lebhafte Zustimmung.) Es handelt sich nur darum, für das, was dieses Volk ist, einen richtigen politischen und staatlichen Ausdruck zu finden. Lassen können wir die großen Aufgaben nach dem Kriege nur, wenn die gesamten Kräfte, deren Zusammenfassung unsere Linien befähigen, diesen Krieg zu gewinnen, im Frieden frei und fröhlich fortwirken. (Sehr richtig!) Das ist eine eiserne Forderung und diese Forderung wird sich durchsetzen. Bei der Vergleichung mit der Zeit der Freiheitskriege und den Entscheidungen, die ihm gefolgt sind, werden die ungeheuren Unterschiede zwischen der damaligen und der jetzigen Zeit übersehen. Heute durchdringt der nationale Gedanke alle Kreise des Volkes und hält uns zu unserer wahren Einigkeit zusammengefaßt. Auch die Überzeugung vom Wert der monarchischen Einrichtungen ist in unserem Volke weit und tief verbreitet. Lloyd George und Briand reden der Welt vor, daß sie das deutsche Volk befreien wollen. Wenn wir von etwas zu befreien sind, werden wir es selbst befreien. Zugleich aber mahnt uns unsere geographische Lage immer wieder an das Wort Friedrich des Großen: Toujours en vedette. (Beifall.) Wir wissen aber auch, daß die Monarchie am sichersten auf der Liebe des freien Mannes ruht. Daraus gründet sich der deutsche Kaisergedanke, wie der Gedanke des preußischen Königstums. (Beifall.) Unser Friedensangebot hat bei den neutralen Staaten lebhafte Widerhall gefunden, bei unseren Feinden war die verbissene Kriegsleidenschaft mächtiger, als der Schrei der Völker nach Frieden. Ihre Antwort war größer und vermessener als irgend jemand erwarten konnte. Das deutsche Volk ist einiger denn je. (Beifall.) Bei unseren Gegnern aber ruht die allgemeine Schuld für die Fortsetzung des Blutvergießens. (Sehr richtig!) Unsere Seepolitik habe ich am 31. Januar im Hauptrausch begründet. Auf unsere damalige Note haben wir von den Neutralen Erwiderungen mit Vorbehalt und Vorstellen erhalten, wir werden die Schwierigkeiten, die für die Neutralen daraus erwachsen, nach Möglichkeit mildern, wenn auch kein Zweifel darüber besteht, daß diese Schwierigkeiten in erster Linie durch die brutale Seepolitik Englands veranlaßt sind. (Sehr richtig!) Diese Knechtung wollen und werden wir vernichten. (Beifall.) Unser unermüdlicher Erfolg ist, den Zweck der Sperré unbedingt aufrecht zu erhalten (Lebhafte Beifall) und die Zeit wird kommen, wo uns auch die Neutralen dafür dankbar sind.

Einen Schritt weiter, als die übrigen Neutralen sind die Vereinigten Staaten von Amerika gegangen. Präsident Wilson hat beim Eingang seiner Note die diplomatischen Beziehungen jahrelang abgebrochen. Lieber die Gründe habe ich irgend eine amilie Mietteilung nicht erhalten. (Hört, hört!) Die Form des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zwischen zwei Großmächten, die im Frieden miteinander leben, ist wohl ohne Vergleich in der Geschichte. Bei dem Mangel jeden Dokuments bin ich auf die Rerummeldungen über die Botschaft Wilsons an den Kongress angewiesen. Sollten diese Berichte richtig sein, so müßte ich entschieden

Widerspruch dagegen erheben. Wir haben die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten als Vermögen Friedrichs des Großen immer hoch gehalten. Präsident Wilson selber aber, der es noch kurz vor dem Kriege als den besten Gelegenheiten des Völkerrechts entsprechend bezeichnet hat, daß den beiden in Mexiko kämpfenden Parteien die Munitionslieferung verweigert werde, hat eine Ansicht sehr rasch geändert. (Lebhafte Zustimmung.) Auch den Vorwurf muß ich zurückweisen, daß die Zurücknahme unserer Zusicherungen der Ehre und Würde der Vereinigten Staaten zu nahe getreten sei. Wir hatten ausdrücklich erklärt, daß diese unsere Zusicherungen an starke Vorbehalte geknüpft seien. (Lebhafte Zustimmung.) (Der Kanzler verliest die betreffenden Abschnitte der Note vom 4. Mai.) Zwischen dieser unserer Note und der amerikanischen vom 10. Mai war es so tiefschneidend Unterschied, daß niemand an der wirklichen Sachlage zweifeln könnte, und niemand hat sich wundern können, wenn wir am 31. Januar feststellten, daß neun Monate nach jenem Notentwurf die Freiheit der Meere nicht wieder hergestellt sei und daß wir die Folgerungen daraus ziehen müssen. Man hat gesagt, England zerstört nur ersezliche wirtschaftliche Werte, wir aber unerzähliche Menschenleben. Dieser Unterschied führt aber nur dahin, daß Amerika sich den Forderungen Englands gefügt hat. (Sehr richtig!) Was wäre wohl geschehen, wenn Amerika auf den ungestörten Verkehr mit Hamburg und Bremen denselben Wert gelegt hätte, wie auf den mit England? Der Abbruch der Beziehungen zu uns und die Bemühungen, die Neutralen gegen uns zu vereinigen, haben die gewünschte Wirkung nicht gehabt. Wir bedauern diesen Abbruch. Aber nachdem unser ehrliches Friedensangebot auf schroffe und höhnische Abweisung gestoßen ist, gibt es für uns kein Zurück mehr, sondern nur noch ein Vormarsch. (Bravo!) Das England die unumstößliche Anwendung der U-Bootwaffe als größtes Verbrechen der Weltgeschichte bezeichnen würde, war voraussehen. Das Völkerrecht ist nach seiner Ansicht für alle bindend, für England aber nur soweit es seinen Interessen entspricht. Unser Unterseebootskrieg ist die Erweiterung auf die englische Hungerblockade. (Sehr richtig!) Mit dieser Hungerblockade hat England nach altem Muster gearbeitet. Die südafrikanischen Konzentrationslager, die für alle Zeiten ein Schandfleck in der Geschichte Englands sein werden und die nach Lloyd Georges eigenen Neuerungen fünfzehn bis sechzigtausend Frauen und Kindern das Leben gekostet haben (hört, hört!), sind das Vorbild für den Aushungerungskrieg gegen uns. Auch wir sollten durch die Leiden unserer Frauen und Kinder zur Unterwerfung gebracht werden. England ist es, das von Anfang an den Krieg zu einem Krieg von Volk zu Volk gemacht hat. Uns blieb nichts anderes übrig, als nach dem Grundsatz zu handeln: auf einen groben Kloß gehört ein grober Keil. Im übrigen scheint England jetzt die ihm von dem U-Boot-Krieg drohende Gefahr zu erkennen.

Die bisherigen Erfolge übertreffen die Erwartungen unserer Marine weit. (Lebhafte Beifall.) Die Seepolitik ist seit vier Wochen in Kraft. Anfangs war sie noch zugunsten der Neutralen gewichtet. Viele U-Boote haben auch noch nicht berichtet. Die Feinde geben ihre Verluste viel zu gering an. Wir können mit den Erfolgen mehr als zufrieden sein. Eine Blockade haben wir niemals erklärt, sondern nur ein bestimmtes Sperrgebiet festgelegt. Das einzelne Schiff der Gesetz entklippen, verstand sich von selbst. An dem stilettischen Erfolge wird das nichts ändern. Dank der unvergleichlichen Bravour unserer U-Boote haben wir darüber solle Gewißheit. (Lebhafte Beifall.) Das Volk in der Heimat hat das in dem Aufruf des Kaisers vom 12. Januar ausgesprochen. Unsere Vertrauen voll gerechtfertigt in allen seinen Teilen, in Kampf, Arbeit und Duldung. Wir haben einen schweren Winter hinter uns. Aber das Heldentum unserer Frauen und Kinder hat schon jetzt den englischen Aushungerungsplan zu Schanden gemacht. (Bravo!) Die militärische Lage hat sich seit meiner letzten Rede wenig geändert. Überall sind unsere Fronten verstärkt. Unsere tapferen Soldaten blicken vertrauenvoll auf ihre sieggewohnten Führer. Unsere Landfronten sind für alles bereit dank der genialen Leitung unserer Obersten Heeresleitung. (Lebhafte Beifall.) Aber auch an der Wasserfront sind wir wohlgerüstet, und unsere U-Boot-Waffe hat sich in den letzten Monaten gewaltig verstärkt. So gehen wir mit vollem Vertrauen den nächsten Monaten entgegen. Unser unablässiger Willen, nicht zu dulden, daß wir in Schwach geraten, daß wir der Freiheit entzogen müssen, führt uns zum Siege. (Lebhafte Beifall und Händeschütteln im Hause und auf den Tribünen.)

Dr. Spahn (3): Voll Stolz blicken wir auf unsere Truppen zu Lande und zu Wasser. Unser Volk hält fest am Reich und in der Treue zu den Einzelstaaten. Wir dorfen dem Kaiser, der den moralischen Mut zum Friedenserhalt hatte und für die Worte, die er in seinem Brief an den Reichskanzler gefunden hat. Die unannehmbaren Bedingungen der Antwort unserer Feinde zeigen, daß es sich um einen Vernichtungskrieg gegen uns handelt.

Scheidemann: Die Gefühle, mit denen die Sozialdemokratie den Reichstag diesmal betreten haben, sind andere als diejenigen, mit denen wir am 12. Dezember diesen Sitzungssaal verlassen haben. Trotzdem, wenn auch heute zerbrochen am Boden liegt, was damals zu leben schien, so ist es nicht an zu erklären, daß die Stunden, die wir Sozialdemokratie damals durchlebt haben, zu den schönsten, fröhlichsten und süßesten meines Lebens zählen, und ich bin überzeugt, daß auch eine ganze Anzahl anderer Herren hier im Saal in diesen Empfindungen uns zustimmen. Es liegt in der Natur der Sache, daß diese Gefühle gerade bei uns Sozialdemokratie am stärksten ausgeprägt sind, denn wir sind allezeit die Träger der Friedensbewegung in Deutschland gewesen. Uns mußte es daher als eine Revolution der Vernunft gegen den Wahnsinn dieses Völkermordes mit der höchsten Genugtuung erscheinen, als die Regierung mit Argumenten, die den ungünstigsten weisesten nahe kamen, der Welt den Frieden anbot. Wir haben am 12. Dezember gegen die Eröffnung der Debatte auf die Rede des Reichskanzlers gekämpft. Ich will Ihnen heute ganz offen sagen, warum. Sie wissen, daß es nicht unsere Gewohnheit ist, eine Debatte vorzeitig zum Abschluß zu bringen, und doch es am

wenigsten unsere Art ist, Regierungserklärungen unbeantwortet hinzunehmen. Aber wir glaubten damals, in einer ganz besonderen Situation so handeln zu müssen, weil wir, offen heraus gesetzt, die Verürtheilung hatten, daß durch unglückliche Neuerungen von einer bestimmten Stelle dieses Hauses den gegnerischen Regierungen eine gar zu begrenzte Möglichkeit geboten wäre, das Friedensangebot Deutschlands abzulehnen. Weil uns aber die Sache des Friedens über alles ging, haben wir in dieser besonderen Situation gegen die Debatte gestimmt.

Die Regierungen der Mittelmächte haben den feindlichen Regierungen die Vorschläge, mit denen sie auf die vorgeschlagene Konferenz gehen wollten, nicht näher bezeichnet. Es hat sich infolgedessen ein großer Streit darüber entwickelt, ob diese Vorschläge wirklich mit den Kriegszielen der Sozialdemokratie, wie wir sie hier wiederholt öffentlich formuliert haben, übereinstimmen. Mir erscheint ein solcher Streit sehr häufig zu sein, denn bei einer solchen Konferenz kommt es wahrscheinlich nicht darauf an, wie sie anfängt, sondern wie sie auffährt. Und ich bin fest davon überzeugt, daß das Ergebnis einer solchen Konferenz, so früh oder so spät sie stattfinden mag, nicht wesentlich anders ausfallen wird, als das, was meine Freunde hier vielleicht als das deutsche Friedensprogramm tituliert haben. Im übrigen bin ich allerdings der Meinung, daß ein noch deutlicheres Aus sprechen diejenigen unerschöpflichen Ergebnisse der deutschen Friedensanspruch mehr zentriert als gehabt hätte. Allerdings, nach den Erfahrungen, die man bisher gemacht hat, kann man sich der Möglichkeit nicht verschieben, daß ein klipp und klar ausgesprochener Vorschlag auf Erwerbungen die Energie der feindlichen Kriegsparteien noch mehr gestärkt hätte. Es hätte freilich auch der Friedensbewegung ein doch deutliches Angebotsmächtiges Nutzen stiften können, und darauf war natürlich unsere ganze Politik einzurichten. Man wird uns heute sagen, daß unser Werk dieses Ziels nicht erreicht hätte. Den entgegne ich: Standen wir heute vor derselben Situation wie damals, wir würden genau so handeln, wie wir damals gehandelt haben. Soll es einmal zum Frieden kommen, den die Welt sehnlichst verlangt, so muß in jedem Lande eine starke Strömung vorhanden sein, die sich einer userlosen Erwerbung- und Bis-ans-Ende-Politik entgegenstellt und der Regierung den Weg zum notwendigen Ende zeigt und erleichtert. Und zwar werden wir überhaupt nicht zu Ende kommen.

Als die Gegner in ihrer bestichtigen Antwort an Wilson ihre Erwerbungs politik rücksichtslos enthüllten, hat sich der entschiedene Will zur Verteidigung in unserem Lande wieder hoch und entschlossen aufgerichtet. Es gab nur eine Stimme im Volke: Nieber alles andere als einen solchen Frieden. Man ist immer gut, andere Völker nach dem eigenen zu beurteilen. Die Unterschiede sind wirklich gar nicht so groß wie die Kriegspräzisionen sie uns darzustellen sich bemühen. Ich frage, wenn wir etwa in umgekehrter Richtung ein ähnliches Programm aufgestellt hätten wie unsere Gegner, würde dann nicht auch der Will zur Verteidigung aufgesammelt sein? Als das Friedensangebot gemacht wurde, sahen wir unsere Aufgabe darin, alles nur Mögliche zu tun, damit es in absehbarer Zeit zu einer Konferenz führe, und weiter alles zu tun, damit die eigene Regierung sich nicht von den Annexionisten zu Forderungen bringen ließe, die ein Zusamminkommen des Friedens wieder in Frage stellen. Die Antwort der Gegner an den Präsidenten Wilson machte einen Streit durch unsere Reaktion. Jeder hatte wohl erwartet, daß die Gegner nicht ohne Tiere und Strauben, nicht ohne taufende Verküsse zu Vorverhandlungen die deutsche Einladung zu einer Konferenz annehmen würden. Aber eine so brutale, herausfordernde Sprache, ein so wahninnes, allen Tatsachen hohesprechendes Siegesprogramm, das halten wohl nur ganz wenige erwartet. Was man auch jetzt der Grenze über die Erwerbungssurjace dieses Krieges sagen mag, diese neue Blutschale, die sie auf sich geladen haben durch die brutale Ablehnung des Friedensangebotes, werden sie niemehr abweichen würden.

Was war nun an Stichtag des ausgeprochenen Willens der Gegner, der Krieg fortzuführen zu tun? Dass wir unsere Kräfte bis zum äußersten anstrengen müssten, um die Pläne der Gegner zu zerstören, zu zerstören, darüber war sich das ganze Volk einig.

Keine Übereinstimmung bestand darüber, zu welchen Mitteln. Die Sozialdemokratie war der Meinung, daß die nach der bisherigen Methode errichteten großen Erfolge sich ohne Änderung der Methoden erhalten und erleichtern ließen, ohne daß eine weitere Macht auf die Seite unserer Gegner gezogen werde, bis sich auch drüben der Friedenswill Bahn bricht. Wir sind mit dieser Politik nicht durchgezogen; so sehr wir das bedauern, so sehr wir begreifen wir, daß es anders gekommen ist. Am Tage nach der Veröffentlichung des feindlichen Erwerbungsprogrammes schrieb ein Blatt, das unsere Politik stets am heftigsten bekämpft hat, einen Artikel mit der Überschrift "Danke an Lord George". Der Danke war aufsichtig.

Es gibt eben heutzutage eine Internationale der Kriegsveräußerung und Kriegsverlängerung, deren Glieder einander in die Hände arbeiten. Was die einen von ihnen hochhält, das hilft auch den anderen zu neuer Kraft. Lloyd George ist der Vater der neuen Erfolgsfälle der einflußreichen Leute, die in Gemeinschaft mit der Obersten Heeresleitung die Verantwortung tragen, die wir ablehnen. Der verschärfte U-Boot-Krieg ist eigentlich in der Konferenz der Alliierten in Rom beschlossen worden. Nachdem die Sache einmal in Gang gekommen ist, können auch wir von ganzen Herzen wünschen, daß er uns baldmöglichst den Frieden bringt. Eine leicht vorzusehende Folge des verschärften U-Boot-Krieges war der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Amerika. Ich bedaure diese Wendung der Dinge aus tiefster. Wir stimmen nicht mit denen überein, die Amerika als einen neuen Feind begriffen. Ich will die möglichen Konsequenzen dieses Krieges hier nicht in allen Einzelheiten erörtern, möchte aber doch die Regierung auf die Ernährungswierigkeiten hinweisen, die daraus für die schwerverletzte

Sicherung Belgien und Nordfrankreichs erwachsen. Diese Bevölkerung steht unter unserm Schutz, wir haben auch für sie nach Kräften zu sorgen. Das können wir am besten, indem wir die Leute in dem Lande belassen, zu dem sie gehören, und in dem zu verbleiben sie ein Recht gehabt und in das zurückzuföhren, wenn sie es verlangen, wir ihnen nicht verbrennen sollen.

Wir vertreten keinen Augenblick, daß unserer militärischen Überlegenheit, die wir nach meiner bestimmten Annahme bis zum Ende des Krieges bewahren werden, sich kolossale moralische und wirtschaftliche Kräfte gegenüberstellen, die durch den offenen Hinzutritt Amerikas verstärkt werden. Ich verstehe daher diejenigen nicht, die die Koalition der Gegner leichten Herzens wachsen sehen, und die dabei die Regierung doch zu immer größerer Mäfklosigkeit der Kriegsziele ernuntern. Wir werden schon aus Selbstverständlichkeit gegen jeden neuen Feind kämpfen, der sich uns entgegenstellt. Wir vertrauen unserer bis an die Zähne bewaffneten Volkskraft, daß sie möglich machen wird, was auch heute noch unmöglich erschien. Aber wir ermahnen zugleich auch das eigene Volk und die eigene Regierung zu einer nüchternen Einschätzung auf das Erreichbare. Wir sehen in dieser Mäßigung den fruchtbaren Boden, auf dem doch einmal die Friedenssäit ausgeht und die von allen Völkern ersehnte Frucht des Friedens reift. Erreichbar muß sein, was erreicht werden kann. Ehre, Dasein, wirtschaftliche Entwicklung, Freiheit des Reiches müssen unangetastet aus dem furchtbaren Ringen hervorgehen. Dazu ist die Anspannung aller Kräfte notwendig, wenn die neuen Stürme des Krieges hereinbrechen, die dieses Frühjahr uns ankündigt. Wir deutschen Sozialdemokraten taten alles, um sie zu verhindern, und sie wären unbedingt verhindert worden, wenn auch die ausländischen Sozialdemokraten mit der gleichen Energie dafür eingetreten wären wie wir. Wenn also diese neuen Stürme hereinbrechen, dann werden auch wir mit unserem Fleisch und Blut für Deutschlands Freiheit und geflügelte Zukunft mit dabei sein, und in diesem Sinne haben wir auch diesmal die geforderten Kredite bewilligt.

Wir hatten gewünscht, daß der Reichskanzler schon vor der Bewilligung der Kredite eine Erklärung über die Gesamtlage der Reichsleitung abgegeben hätte. Der Reichskanzler hat auch von den Kriegszwecken gesprochen und gesagt, auf Einzelheiten ließe er sich nicht ein; er habe schon oft darüber gesprochen und nehme nichts davon zurück. Des Letzten waren die Worte vom 12. Dezember vorigen Jahres, worin er seine Bereitschaft zum Frieden erklärte. Ich habe auch nicht finden können, daß der Reichskanzler sich im Widerspruch befunden hat zu der Rede des ungarischen Ministerpräsidenten. Auch Graf Tisza hat wiederholt erklärt: „Ich bleibe bei dem, was wir in unserem Friedensangebot vom 12. Dezember und in der erklärenden Note an die Neutralen gesagt haben. Wir sind immer noch zum Frieden bereit, und wenn der Krieg weitergeht, ist es nicht unsere Schuld, sondern ausschließlich die Schuld unserer Gegner.“ Wörtlich lagte Graf Tisza: „Wir führen diesen Krieg, weil wir ihn zur Rettung unseres angegriffenen Lebens führen müssen. Wir werden ihn gegen jeden führen und unter allen Umständen solange, aber nur nicht eine Minute länger, als zur Rettung unseres Lebens, zur Sicherung unserer Eltern und unserer Interessen notwendig ist. Dazu stimmen alle unsere Bundesgenossen überein. Wenn der Verband den Krieg mit einem Frieden beenden würde, wie er den Freunden vorpondeert, so könnte ein solcher Friede durch einerlei Uebereinkommen zu einem dauerhaften gemacht werden. Ein dauerhafter Friede kann nur so bestimmt sein, daß er bei niemandem Respekt gedenken erweckt.“ Diese Augen Krügerungen haben in Deutschland den größten Beifall gefunden, allerdings ist zwar nicht zahlreicher, aber sehr bestrengten Ausnahmen. In russischen Kreisen hat nämlich die neutrale Wendung der Dinge die Art Koller herausgerufen, den sie falschlicherweise jux Antonius nennen. Und in diesem Zwischenfall legen sie um sich, ohne zu bedenken, wen sie treffen. Diese absonderlichen Vorwürfe für Deutschlands Herrschaft sprechen nach dem Grundsatz zu handeln, doch wir immer noch viel zu wenig Freunde und viel zu viel Bundesgenossen haben. Man muß den Frieden überhaupt bewundern, den jene Herren in dieser Zeit der Lebensmittelknappheit ausführen. Haben sie doch zu alldem noch den Mut und die Lust, dem Reichskanzler, wie es in einem ihrer Kingeschäfte heißt, an die Kehle zu springen. Wer hätte wirklich wollen können, er habe das durch die neuen Erfolge der Reichsleitung eine bessere Behandlung von jener Seite verhofft. Aber der Anklagesatz gegen ihn wird im Gegen teil ununter fortgeführt, und wir haben uns in den letzten Tagen recht erbärmliches davon gemacht. Die Sache ist nun eigentlich so, daß wir uns nicht mehr auf einen Krieg einzulassen haben, und wir müssen uns auf einen Frieden einzulassen haben.

Zusammenhang erinnere ich auch an die unverantwortlichen
Malzschüttungen aus Eschen nach Norddeutschland, wobei auf
das bayerische Verkehrsministerium und das stellvertretende Gen-
eralkommando des 1. bayerischen Armeekorps eine sehr merkwürdige
Rolle gespielt haben. Die Beschwichtigungsversuche gegenüber den
Angriffen in der bayerischen Presse mahnen recht merkwürdig an.

Dinge, die wir bisher nicht in Deutschland, sondern nur in einer weiter östlich gelegenen Lande gewohnt waren. In der bayerischen Presse wird eine Liste von 45 Namen veröffentlicht, die maßlosig als beteiligt an den Mälzlebungen ermittelt haben und die daran nicht weniger als 864 000 Mark verdient haben. Ich erinnere an die Bekanntmachung zahlreicher Landräte, in denen den Landleuten ins Gewissen gerdet wird. Ich stelle dem gegenüber eine Neuersetzung des bekannten Nationalökonomen Professor Hertner: „Im Gegensatz zu manchen Erwerbsgruppen, die selbst vor einer wucherischen Ausbeutung der Kriegskonjunktur nicht zurückgeschreckt sind, hat die organisierte Arbeiterschaft jede Kampf um bessere Arbeitsbedingungen einzustellen... Die sozialistische Schulung und Disziplin... haben hier Triumphe gefeiert.“ Es ist das ein Ruhmesblatt für die deutschen Arbeiter. Wir stehen jetzt vor dem kritischsten Moment. Sicher Sie, was noch aus dem Lande an Nahrungsmitteln vorhanden ist, für das ganze Volk. Wenn es an Transportmitteln fehlt, dann lassen Sie den Personenverkehr eine Zeitlang sperren. Aber nur einen kleinen D-Zug möchte ich allerdings bereitstellen lassen, denjenigen, der uns den preußischen Landwirtschaftsminister entführt. Ein Jubelschrei würde durch das ganze deutsche Volk gehen, wenn Herr v. Schorlemer sich ganz seinen Privatgeschäften widmete. Dieser langsame Gang bei einer Frage, wo es um das Leben und die Existenz des Volkes geht, zeigt, daß Widerstände zu überwinden sind, die auch jetzt noch nicht überwunden sind. In dieser Zeit bringt man in Preußen das Fideikommisgesetz ein. So geht man über die Not des Volkes hinweg. Wir werden uns mit dieser Angelegenheit noch ausführlich beschäftigen. Es kann nicht angehen, daß alles, was den Herren unangenehm ist, als nicht vereinbar mit dem Burgfrieden hingestellt wird. Die Schaffung eines Erbschaftsteuergezes sollte schon eine Störung des Burgfriedens sein. Was man bei uns Burgfrieden nennt, ist nichts anderes, als Angst vor einer kleinen aber mächtigen Partei. Ein gutes deutsches Sprichwort sagt: Mehr Angst als Guterlaubnis. Auch der Regierung kann ich den Vorwurf nicht erteilen, daß sie große Angst befandet, wenn sie unter allerlei burgfriedlichen Vorwänden mit längst notwendig gewordenen Reformen zurückhält. Der Reichskanzler hat heute Töne angeschlagen, deren wir uns freuen. Das Wort Neuorientierung kennt er jetzt. Darin stimmen wir überein; es kommt uns nicht auf die Worte an, sondern auf die Sache selbst. Er hat auch eine Parallele gezogen zwischen der Lage des Volkes nach 1813 und dem, was jetzt kommen muß. Ich freue mich, daß der Reichskanzler sich vollkommen im klaren zu sein scheint, daß die neue Zeit mit einem erneuerten Volke bereits da ist. Er nannte das Sprichwort: „Doch Dein ärmerer Sohn auch Dein treuester war.“ Das ist das Wort eines sozialdemokratischen Dichters, des Dichters Bröger in Nürnberg, und ich freue mich seiner Anerkennung. Der Reichskanzler hat auch ausgesprochen, daß es sich nicht um Belohnungen handeln kann. Was die deutschen Arbeiter getan haben, haben sie nicht einer Belohnung wegen getan, sondern weil es als Pflicht erkannt. Aber jetzt muß es auch heißen: Gleiche Pflichten, gleiche Rechte. Ich habe noch nie gehört, daß es heißt: Preußen 1. Klasse in den ersten Schützengraben, Preußen 2. Klasse in den zweiten und Preußen 3. Klasse in die bombensicherer Unterstände. In gleicher Weise sollen alle ihre Pflicht erfüllen, aber gleich müssen auch die Rechte sein. Ist es nicht geradezu ein Skandal, was wir beim preußischen Wahlrecht erleben. Da heißt es: Jetzt nichts und später nichts Rechtes. Jetzt das Dreiklassenwahlrecht wegen des Burgfriedens, und später einmal ein vier-, fünf-, sechszählig abgestuftes Pluralwahlrecht. Ich bin begierig, zu sehen, in welche Szene dieses Schachspiels die zurückkehrenden Feldgrauen eingeschachelt werden sollen. Die damaligen Kämpfer nicht die Helden seien, sie wären vielmehr jämmerliche Schwächlinge, wenn sie von dem Recht, das sie zu beanspruchen haben, das sie sich draußen erneut erklamt haben, daheim auch nur einen Fingerbreit sich nehmen liegen. Geben Sie sich keine Illusionen darüber hin, daß gleiche Recht in Staat und Gemeinde kommt! Es fragt sich nur, wie es kommt, wen die vorbrüdernde Zeit tragen und wen sie hinwegschwemmen wird. Wer aber dann untergehen will, wird sein Schicksal verdient haben.

In diesem Zusammenhange rufe ich Ihnen auch zu: Schaffen Sie endlich den Belagerungsstand ab. Er ruft nichts, er schadet, nun er verbürtigt die Stimmung im Volke. Karmelitisch wirken Polizei, Zensur und Schriftshaft erbitternd. Hat denn die Zensur bei den geringsten Wett, wenn über die Dinge, die sie unterdrückt, im Reichstag in breiterer Weise Bericht eröffnet wird? Oder hat die Zensur den geringsten Wert in dem Sinne, daß Millionen Kleingeflügel geheim gerügt werden? Und nun gar die Schrifthaft! Sie haben vor einigen Tagen wieder offiziell aus dem Eßlaf gegeben. Das Wenige hat schon genug Erregung hervorgerufen, und obwohl es nur ein jausiges Gesäusel vergleichbar mit dem furchtbaren Unwetter, das daherkommen wird. Die Folge dieses Gesams ist nur ein Großziehen von Spießeln und Denunzianten gekommen. Alle unsere Vorhaltungen haben nichts gebracht, und deshalb sind wir gezwungen, diese Dinge hier vorzutragen. Solche Gewaltmittel im Innern helfen uns zum Siege wahrscheinlich nicht, warum schlägt nun doch unser Volk so unvergleichlich? Warum zieht unser Volk die Leiden in so unvergleichlicher Weise? Die Leidtragenden sagen, weil die Politik und der Belagerungsstand jeden Verstand unterdrücken. Wir wissen sehr gut, daß das unrecht. Weiter will ich militärische Disziplin, Belagerungsstand und Polizei streichen, die das Ganze anstrebt hatten, sie wären augen zu zermürbt worden. Was aus höchst redigt, ist die Einigkeit unseres Volkes in die letzte Notwendigkeit der Zeit. Es ist ein Radikal-Sozialismus, es ist Staatsbürger-Verstand. Und dieser Staatsbürgerverstand wird auch im Jahre zur Freiheit und zum Befreiungskrieg führen. Er wird nicht dasden, daß man die Entfaltung nach Zivilisatorischen usw. und wer weiß noch was alles unterdrückt. In dieser Zeit, die keine Zukunft kennen darf, müssen wir uns auch eine Regierung, die den Mut hat zur bestreitenden Zeit, die der notwendigen Entwicklung die Bahn endlich öffnet, und zwar jetzt. Auf bloße Versprechungen können wir nichts haben, und die Gefährte wird den Reichskanzler nicht danach befragen, was er versprochen, sondern darum, ob er geholt hat, um zu feiern für die neue Zeit! Die neue Zeit muß kommen, es muss wäre alles Blut gelöscht, halte es nur nicht zu einem neuen großen Fortschritt der Menschheit. Ganz wäre das Ende wieder nur heilend Jahre Eilead, Verweiflung, innere Wirkung und trügerischer Erfolg. Ich glaube an die Zukunft unseres Volles, so darf man auch von ihm nicht sagen können: Jenem ist der gesamme Will und die unerbittliche Kraft, und seiner ist was leicht mehr sein wollen als ein Teil dieses Volkes, keiner ist eine andere Tragade kennen als die, mit unserem Volle den Rest zu geben: Durch Rot und Tod vorwärts und aufwärts. (Am Rande a. d. Sozialdemokraten sind falsch.)

Kanzler: s. Bethmann-Hollweg: Die persönlichen Interessen auf den preußischen Landwirtschaftsminister weile entzündet waren. Dem preußischen Landwirtschaftsminister steht ein helles Urteil, wenn beehnigt wird, er sei gegen die Verbesserung und gerechte Verteilung der Nahrungsmittel. Er steht mir zu Seinem Poste lohn, daß er mit Erfolg besteht in seine Positionen entschlossen und der Lebensmittelnot zu beenden.

Dr. Stieber (FDP): Wir haben mit neuen Kämpfen und neuen Opfern und sie haben neue Arbeitsbedingungen zur Folge. Diese Bedingungen werden von der Seite des erreichten Endes abhängig sein. Dieses Gerüste darf es nur eben Sicherheit geben. Die Bekanntmachung für den Weltkrieg bringen nicht sozialen und politische Parteien, sondern die militärischen Stellungnahme des Reichs mit Sicherheit. Über jetzt gibt es kein zu sagen. Eine großflächige Neuorientierung der Menschenmachten im Kriege nicht möglich. Später aber wird unter allen Umständen ein Maßstab der direkten Kriegsführung erfolgen. Da

besten Einführung einer Reichsvermögenssteuer. Leider hat auf diesem Gebiete das Reich sechzehn Feinde, das sind die Bundesstaaten. In der Kriegswirtschaft muß der Bureaukrat mit dem Kaufmann gehen. — Den Reichskanzler fragen wir an, daß er als preußischer Ministerpräsident die Einbringung der Fideikommisvorlage nicht verhindert hat. Wir sehen diese Vorlage als eine Herausforderung an, die wir um so schwerer empfinden, als zugleich die so dringende Forderung der Wahlrechtsreform in Preußen unter Berufung auf den Burgfrieden auf die lange Bank geschoben wird. Die Vorlage bedeutet auch eine Herausforderung des Reichstages, der sich 1913 gegen eine weitere Bildung von Fideikommissen ausgesprochen hat. Wir protestieren gegen diese Forderung des Feudalismus. Die Neuorientierung wird zweifellos zu schweren Kämpfen führen, aber sie wird kommen, und zwar in der Richtung zu einer demokratischen Gestaltung des Staates.

Watz Wera t p (A.) erörtert zunächst Einzelfragen des Staats und lobt den Schatzkoffer, weil er die Notwendigkeit einer großen Entschädigung beim Friedensschluß immer betone. Die Ernährungsfragen sind nicht mit den allgemeinen Redewendungen, wie sie Herr Scheidemann gebrauchte, zu lösen. Zu den Aufgaben nach dem Kriege gehört vor allem die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen der Gefallenen. Ferner der Übergang in die Friedenswirtschaft, wobei dem Wirtschaftsleben wieder die volle Freiheit geschaffen werden muß. Unter der Neuorientierung wird vielschach nichts anderes verstanden, als die Demokratisierung unserer Einrichtungen. Dafür sind wir nicht zu haben. Das, was sich bewährt hat, soll auch nach dem Kriege nicht aufzugeben werden. Dazu gehört vor allem starke Monarchengewalt. Der Reichskanzler sollte nicht in Dinge hineinreden, die Sache der Einzelstaaten sind. (Lebhafte Zuruf links: Was tut der Landtag?) Hierhin gehört die Neugestaltung des preußischen Wahlrechts. Ich lese keine Logik darin, wenn man in der Forderung der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen keinen Bruch des Burgfriedens erblickt, aber hier lebhafte Klage erhebt, daß die Fideikommisshergesetzgebung in Preußen ein Bruch des Burgfriedens sei. Bei diesen leidenschaftlichen Angriffen scheint vor allem das Machtbedürfnis des Reichstages mitzuspielen. — Vor allem interessieren uns gegenwärtig die Fragen der auswärtigen Politik. Die Antwort der Entente auf das aus warmem Herzen für die leidende Menschheit und tiestem religiösem Verantwortungsgefühl unseres Kaisers hervorgegangene Friedensangebot mußte das deutsche Volk als Verleumdung der Ehre unseres Kaisers und unseres Volkes empfinden. So etwas wird sich das deutsche Volk niemals bieten lassen. Aus der Ablehnung der Entente klingt zynisch und frivol ihr Vernichtungswille gegenüber Deutschland hervor. Trotz manchen Ausführungen des Herrn Scheidemann will ich es doch hier aussprechen, daß wir ganz besonderen Wert darauf legen, daß auch die Sozialdemokraten nach der Ablehnung des Friedensangebots klar und deutlich ausgesprochen haben: Jetzt ist die Tür zu weiteren Verhandlungen verrammelt, und daß sie die Kritik nach Einschätzen des U-Boot-Krieges zurückgestellt haben. So steht das deutsche Volk geschlossen und einig da, fest gewillt, alles zu tun und zu ertragen, um den nollen Sieg zu erringen. Die Behauptung, daß durch weiter gespannte Kriegsziele von unserer Seite der Krieg verlängert würde, sollte nach Ablehnung unseres Friedensangebotes unmöglich sein. Ich bedaure daher die dahingehenden Ausführungen des Abg. Scheidemann. Auch die Hoffnungen der Internationale darauf, daß die Massen sich erheben würden, um den Frieden zu erzwingen, sollten nun endlich begraben sein. Herr Scheidemann hat wieder versucht, den leitenden Staatsmann für seine Aussassungen über die Friedensziele in Anspruch zu nehmen. Ich halte diesen Versuch nicht für nützlich und glaube auch nicht, daß er den Tatsachen entspricht. Die Herren, die jede Grenzveränderung, wenigstens im Westen, ablehnen, zeigen eine gewisse Unbelehrbarkeit hinsichtlich der Wirkung, die das nach außen hin machen muß. Das Programm der Friedensbedingungen, mit dem wir im Dezember in Verhandlungen eintreten wollten, muß jetzt als erledigt gelten. Wir stehen vor neuen Opfern und Kämpfen, die auch neue Entschädigungen beanspruchen, um so mehr, seit der Vernichtungswille Englands und des ihm zur Seite getretenen Amerikas offenbar geworden ist. Ohne Entschädigungen würde unsere Industrie in dem wirtschaftlichen Kampfe nach dem Kriege nicht bestehen können. Daher sind vor allem an der Entschädigung auch die Arbeiter interessiert. Wir brauchen auch ein neues Siedlungsland und schließlich auch militärische Sicherung unserer Grenzen. Schon der bisherige Erfolg des U-Boot-Krieges kann uns mit Zuversicht erfüllen. Als einen Erfolg betrachte ich es auch, daß jetzt jeder Gedanke, Wilson könne als Friedensvermittler in Betracht kommen, fallen gelassen werden muß.

1 Uhr.

Bom Tage.

Wilson hat an den Kongreß eine Botschaft ergehen lassen, in der er zunächst darauf hinwies, daß er angesichts der kritischen Zeiten verpflichtet sei, in enger Fühlung mit den beiden Kongresshäusern zu bleiben. Zum verschärften deutschen U-Boot-Krieg übergehend, meinte er, daß seine praktischen Folgen noch nicht übersehbar seien. Der Handel der anderen neutralen Länder sei allerdings nicht mehr geschädigt als vor Beginn der neuen Kriegsführung. Keine der neutralen Staaten habe es für ratsam gehalten, eine gemeinsame Aktion mit den Unionstaaten zur Beendigung der durch die Deutschen hervorgerufenen Zerstörung zu unternehmen. Der amerikanische Handel leide mehr durch das Abwarten und das Liegenbleiben so vieler Schiffe in den amerikanischen Häfen als durch die eigentlichen Ereignisse, als dadurch, daß so viele Schiffe in den Grund gehobt würden. Dieses Resultat allein würde schon den beabsichtigten deutschen Zwecken entsprechen. Zwar sei die offene Tat, deren Vermeidung Wilson erhofft, noch nicht eingetreten, was wohl einem glücklichen Zufall zuzuschreiben sei. Diesem glücklichen Umstände stehe allerdings die Auffassung eines Teiles der deutschen Presse und deutschen Bürgerschaft im allgemeinen gegenüber, daß es mehr der Zurückhaltung und Selbstbeherrschung gewisser U-Boot-Kommandanten zu verdanken sei, wenn sie auf die Versenkung amerikanischer Schiffe und den dadurch bedingter Untergang amerikanischer Bürger verzichten, als auf den amtlichen Institutionen, die den deutschen U-Booten zuteil geworden sind. Es wäre töricht, zu leugnen, daß die augenscheinliche Lage alle Möglichkeiten und Gefahren in sich birgt und es wäre daher unvorsichtig, nicht alle erforderlichen Vorbereitungen zu treffen. Wilson führt fort: „Ich glaube deshalb, meine Herren, Sie ersuchen zu lassen, mir die unbedingte Vollmacht zu verleihen. Sie anzumelden in jedem Augenblick in der Lage sein muß. Wir müssen unseren Handel und das Leben unserer Bürger unter den

geringen schwierigen Umständen beschützen mit Umsicht aber auch mit Entschlossenheit. Ich hoffe von ganzem Herzen, daß es nicht nötig sein wird, von der bewaffneten Macht Gebrauch zu machen: das amerikanische Volk wünscht dies nicht. Kein Weg, den ich immer beschreiten werde, wird zum Kriege führen. Nur durch mutwillige Taten und Verstöße kann der Krieg hervergerufen werden. Ich bitte Sie,

aus Angst die Waffen der Krieg her vorgetragen werden. Ich bitte Sie, mit die Ermächtigung, unsere Kaufleute nötigenfalls zwecks Selbstverteidigung zu bewaffnen und sie mit allen Mitteln zu versorgen, um die Waffen zu gebrauchen, sowie mit allen Mitteln die Mittoden anzuwenden, die nötig und geeignet sein können, unsre Schiffe und Untertanen bei ihrer friedlichen Arbeit zur See zu bewahren, zu erleilen. Wir denken dabei nicht nur an die materiellen Interessen, sondern mehr noch an die fundamentalen menschlichen Rechte und ich denke an die großen Grundsätze von Mitgefühl und Schutz, durch die die Menschheit das Leben,

der Leute hat befürworten wollen, die friedlich arbeiten, um die Industrie der Welt und das Leben von Frauen und Kindern zu sichern. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein Mann, in amerikanischen Grundsätzen erzogen, zögern würde, diese Rechte zu verteidigen.

Die Rede Wilsons ist ein Musterstück diplomatischer Schlagfertigkeit; sie wird fraglos noch Anlaß zu manchen Erörterungen geben.

Im Repräsentantenhaus wurde im Anschluß an die Rede Wilsons eine Bill eingebrochen, durch welche der Präsident ermächtigt wird, die Handelschiffe zu bewaffnen und andere Maßregeln zu treffen, um sie auf hoher See zu schützen. Außerdem sieht die Bill die Ausgabe von Obligationen im Betrage von 100 Millionen Dollars vor. — Wie man sieht, werden also amerikanische alle möglichen Vorbereitungen für einen eventuellen Kriegsfall getroffen.

Im Senat sollen sich nach Londoner Meldungen stürmische Szenen abgespielt haben; die Republikaner drängen zum Handeln und verlangen, daß man die Schiffe fahren lasse, um festzustellen, ob Deutschland es wieder zu einer Rechtsverletzung kommen lasse. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß diesem Drängen Rechnung getragen wird.

In Amsterdam fand am Montag eine Kundgebung der sozialistischen Arbeiterpartei und der Gewerkschaften statt. Der Vorsitzende Genosse Oudegeest forderte die Delegierten auf, ruhig zu bleiben und ruhiges Blut zu behalten. Das sei immer noch die einzige Art, das Land außerhalb des Krieges zu halten. Den Verhandlungen wohnten 1200 Delegierte bei, die 170 000 Arbeiter vertraten. Der Schöffe von Amsterdam, Genosse Vibaut, erklärte, daß die am Freitag verlinkten Schiffe gegen keinem Mehl hatten, die ganze holländische Bevölkerung eine Woche lang mit Brot zu versorgen, und außerdem noch Pflanzenöl, Beihüttner und andere Lebensmittel vertrachtet hatten. Redner war für Rationierung ein, warnte jedoch das Volk davor, eine Rationierung zu verlangen, mit der die jetzige Lebensmittelhaltung fortgeführt werden könnte. Ein Schluß der Versammlung forderte sofort von der Regierung dieerteilung billiger Lebensmittel und Verhinderung jeder Zurückhaltung von Lebensmitteln.

Bon den Kriegsschauplätzen.

Die Kriegslage.

W.E.B. Berlin, 27. Februar, abends. (Amtlich) An einzelnen Stellen der Westfront zeitweilig lebhafte Geschäftigkeit.

Im Süden keine besonderen Ereignisse.

Wien, 27. Februar. (Amtlich.)

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Stellenweise etwas lebhafte Gegenkämpfer. Italienischer und Südostlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Der Seefriede.

Ein Transportdampfer mit Fliegerbomben belegt.

Ein deutsches Seeflugzeug hat im nordägyptischen Meer einen feindlichen Transportdampfer erschossen mit Bomben beworfen; trotz starkem Geschützfeuer und Verfolgung durch zwei feindliche Flugzeuge kehrte es wohlbehalten zurück.

Zur Ankunft der „Orleans“ in Bordeaux.

Die italienischen Blätter drücken in überwiegend positiven Worten ihre Senuituation über die Ankunft der „Orleans“ in Bordeaux aus. Der „Corriere della Sera“ erklärt nämlich, daß Deutschland Furcht empfände, Amerika zum Kriege herauszufordern.

Die dänischen Reederei und Seeleute.

Bei den wieder aufgenommenen Verhandlungen zwischen den Reedern und Seeleuten wegen der Fahrten außerhalb der Gefahrzone ist eine Einigung erzielt worden. Nur die Heder machten ihre Zustimmung von der Entscheidung einer allgemeinen Versammlung abhängig, die einberufen werden sollte und der die Annahme des Einigungsvorrichtages entwegen werden soll.

Die Versenkung der „Laconia“.

„Daily Chronicle“ berichtet: Der Dampfer „Laconia“ wurde Sonntag abend 9.30 Uhr torpediert. Das Wasser und die See waren ruhig. Das Schiff bekam Schlägeleite, sodass die Boote nur mit Mühe herabgelassen werden konnten. Der Verlust an Fahrgästen wird auf 10 bis 22 geschätzt. Die Haltung der Offiziere und Mannschaft war bewundernswert. An Bord waren rund 300 Personen. Unter den Vermissten sollen z. w. Amerikaner sein, unter den Geretteten sind vier Amerikaner. Ein Amerikaner wurde gänzlich erstickt gelandet. Ein Dampfer nahm auf See 267 der Überlebenden auf.

Nach einer weiteren Meldung sollen unter der Besatzung 20, unter den Passagieren 6 Amerikaner gewesen sein.

Ein deutsches U-Boot an der französischen Küste.

Am 13. Februar hat das französische Marineministerium bekannt gegeben, daß ein feindliches Unterseeboot am 12. Februar, 5 Uhr nachmittags nahe der Adour-Mündung aufgetaucht sei und sechs Kanonenkästen auf die Küste abgegeben habe. Die Küstengeschütze hätten sofort das Feuer auf das feindliche Fahrzeug eröffnet, das, von den französischen Artilleristen mit dem ersten Schuß getroffen, schnell tauchte.

Das betreffende Unterseeboot ist wohlbehalten zurückgekehrt. Es hat am 13. Februar die großen Anlagen der Forges L'Adour bei Bayonne ausgiebig beschossen. Der Erfolg wurde durch mehrere große Brände bestätigt. Erst nach geringer Zeit wurde das Boot von einer Küstenbatterie ergebnislos unter Feuer genommen.

Das betreffende Unterseeboot und noch ein anderes haben gesunken: 11 Dampfer, 3 Segler und 2 Fischereifahrzeuge von zusammen 37 500 Brutto-Register-Tonnen.

Die Kämpfe im Orient.

Kut-el-Amara

nach einer Meldung der holländischen Presseagentur von englischen Truppen besiegt worden.

Der amtliche Kriegsbericht.

W.E.B. Großes Hauptquartier, 28. Febr. (Amtlich)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Englische Erfundungsvorhüte gegen einige Stellen der Frontlinie wurden abgewiesen.

Im Aisnegebiet verließen kleine Gesichte im Vorfeld unserer Stellung nach Absicht der Führung.

Westlich von Saillay an der Aisne wurde eine unserer Flussüberquerungen überkumpt. Durch Gegenstoß kamen die Positionslinien und die bereits gefangene Besatzung wieder in unsere Hände.

Auf dem linken Maasufer scheiterten französische Teilstreitkräfte, die nach starkem Feuer nichts gegen unsere Gräben nordöstlich von Moncourt vorbrachten.

Westlich von Marly (Vogesen) schlugen Unternehmungen von vier französischen Auflösungsabteilungen fehl.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Rupprecht von Bayern.

Die Lage ist unverändert.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph.

Beiderseits der Balleputzstraße im Südtal der Waldkarpaten drohte ein gut vorbereiter, sorgfältig durchführter Angriff unserer Truppen in Besitz mehrerer russischer Höhenstellungen 12 Offiziere, über 1300 Mann wurden gefangen, 11 Maschinengewehre und 9 Minenwerfer erbeutet. Die gewonnene Linie wurde gegen mehrere nacheilige Angriffe gehalten. Ein südlicher Straße gelegener Stützpunkt der Russen ist nach Zerstörung seiner Anlagen wegen für uns ungünstiger Lage ohne feindliche Einwirkung wieder geräumt.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen. Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Im Gernabogen griffen die Italiener die von uns am 12. Februar genommene Höhestellung östlich von Paralovo nach ausgedehnter Feuervorbereitung mit starker Kräften an. Der Angriff brach verlustreich zusammen. Kein Fußbreit Boden ging uns verloren.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die durchgehende Arbeitszeit.

An das Reichsamt des Innern sind eine Reihe von Eingaben gelangt, in welchen darum gebeten wird, die durchgehende Arbeitszeit gesetzlich einzuführen. Begründet wurden diese Eingaben damit, daß die Einführung dieser Arbeitszeit eine wesentliche Licht- und Kohlenersparnis in allen Betrieben herbeiführen würde, wobei gleichzeitig darauf hingewiesen wurde, daß bei Behörden, Gerichten usw. mit der durchgehenden Arbeitszeit die besten Erfahrungen gemacht worden sind. Das Reichsamt des Innern steht der Einführung der durchgehenden Arbeitszeit durchaus zunehmend gegenüber, kann sich aber nicht entschließen, eine Regelung auf dem Wege des Gesetzes vorzuschlagen.

Die „Adlon“-Konferenz.

Die Macher der Konferenz, die am Sonntag im Hotel „Adlon“ darüber beraten haben, wie man den Reichstag am besten aus seinem Unkte entfernen könnte, sind sehr ärgerlich darüber, daß ihre Zusammenkunft vorzeitig der Öffentlichkeit mitgeteilt wurde. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“, die man wohl als Sprachrohr jener Kreise betrachten darf, reden von Spionen, die sich unter Vertrauensbruch in Versammlungen alldtäglicher Männer einschleichen. Immerhin scheint es dieses Organ doch geraten zu halten, nachdem die Sache einmal in die Öffentlichkeit gebracht wurde, von den Unternehmern der Versammlung etwas abzurüsten. Aus der Darstellung des Blattes ergibt sich, daß die treibende Kraft der Ex-Jesuit Graf Hoensbroch ist, eine Persönlichkeit, über die das Urteil in politischen Kreisen ein durchaus unechte ist. In der Besprechung haben nun aber, wie die „Berliner Neuesten Nachrichten“ feststellen, weder Professor Schäfer, noch der Abgeordnete Fuhrmann teilgenommen. Dagegen sah das Blatt natürlich nicht in Abrede stellen, daß die Kidorff, Knorr usw. über ihren vorzeitig veröffentlichten Palst beraten haben.

In der „Kreuz-Zeitung“ nimmt zu der Adlon-Konferenz Graf Westarp selbst das Wort, indem er den Auszug aus seinem Briefwechsel veröffentlicht, den er mit dem Grafen Hoensbroch getauscht hat. Aus demselben geht hervor, daß Westarp es ablehnt, an der Tagung teilzunehmen. Zur Zeit will er eine Aktion gegen den Kanzler vermieden wissen, woraus hervorgeht, daß zu gelegener Zeit der Schlag gegen denselben geführt werden soll.

Ernährungsfragen.

Ein Stadtparlament für Anbauzwang.

Eine Sitzung der Kölner Stadtverordneten hat sich nach eingehender Beratung für den Anbauzwang, mindestens für Kartoffeln, ausgesprochen. Der Oberbürgermeister wurde erucht, die Kriegsnahrungsmittel und Kriegsamt u. a. dahin vorstellig zu werden,

dass die Bebauung mindestens der gleichen Bodenfläche wie im Jahre 1915 mit Winterkartoffeln sichergestellt wird.

Alle Redner, darunter der Großgrundbesitzer Böllig, sahen keinen andern Weg als den Anbauzwang. Der Oberbürgermeister forderte außerdem schärfere Kontrolle in den Landgemeinden durch Schaffung von Kriegsausschüssen, in die von den Landwirten unabhängige Personen zu berufen seien.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Mittwoch, 28. Februar.

Der Bürgerausschuß verwies in seiner heutigen Sitzung den Senatsantrag auf Gründung eines Madchenerziehungsheimes, wofür zunächst 15 000 M. gefordert werden, an eine fünfzigstellige Kommission. Mitgenommt wurden die Senatsanträge bez. Nachbewilligung von 868,80 M. auf die budgetärwährenden Ausgaben der Oberbaudirektion im Rechnungsjahr 1915 und Bereitstellung von Mitteln zur Unterhaltung Lübecker Gebäuden. Der Bürgerausschuß zur Mitgenehmigung empfohlen wurde der Antrag des Senates auf Zahlung einer weiteren Abholzungssumme in Höhe von 8390,44 M. an Stelle der Lieferung von Papierholz.

Verfassung der Gewerkschaftswstände und Kartoffeldelegierten am 26. Februar 1917. Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die Stellungnahme der Gewerkschaften zum geplanten staatlichen Arbeitseinsatz usw. Es wurde zunächst auf die vor 2 Jahren gemachte Eingabe an den Senat auf Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises verwiesen. Scharf verurteilte wurde, daß vor Ausarbeitung des Entwurfs die Arbeitnehmer überhaupt nicht gehört werden seien, sondern nur

Interessengruppen der Unternehmer, wie Gewerbe-, Handelskammer usw. Der Entwurf des Gesetzes über den Arbeitsnachweis, wie er jetzt vorliegt, trägt denn auch ein dementsprechendes Gepräge. Die Arbeitnehmer müßten sich dagegen verbünden, nur Objekt der Gesetzesabsicht zu sein, sondern sie wollen auch bei den Vorbereitungen einer für sie so wichtigen Frage gehört werden. Wie wichtig dieses gewesen sei, besagt bereits der § 1 des Entwurfs, der von der Errichtung von Sonder- und Fachabteilungen spricht. Hier sollen nur die Gewerbe- und Handelskammer, deren konservativer Standpunkt genügend bekannt, gehört werden, wenn Fachabteilungen gebildet werden. Unbedingt erforderlich ist es auch die Organisation der Arbeiter darüber zu befragen. Am weitesten wäre die Errichtung eines Arbeitsamtes, dem alle Arbeitsnachweise unterstellt sind. Der Leiter des öffentlichen Arbeitsnachweises muß jemand sein, der im praktischen Leben gestanden hat. Der wichtigste ist der § 3, der von der Zusammensetzung des Verwaltungsausschusses spricht. Von der Wahl führt der Warthausen der Leiter seine Seite, unser Vertreter in der Bürgerschaft darf sie keine einsetzen, wenn eine richtige Parität gewahrt werde. Zur einstimmigen Annahme gelangte dann nachstehende Resolution:

Die Versammlung der Gewerkschaftswstände und Kartelldelegierten, die am 26. Februar im Gewerkschaftshaus tagte, kann in dem vom Senat dem Bürgerausschuß vorgelegten Gesetzentwurf über die Einrichtung eines öffentlichen Arbeitsnachweises keine Regelung der Arbeitsvermittlung, die sie den berechtigten Wünschen der Arbeiterschaft Lübecks entspricht. Der Entwurf trägt nur einseitig den Forderungen der Arbeitgeber Rechnung, die allein um ihre Meinung befragt wurden, während die Arbeiter völlig ausgeschaltet waren, als die vorbereitenden Schritte erfolgten. Die Lübecker Gewerkschaften haften an ihrem Standpunkt fest, daß die Einheitlichkeit der Arbeitsvermittlung von größter Bedeutung für das ganze Erwerbsleben ist, und daß sie deshalb in dieser Linie zu erstreben ist. Der Gesetzentwurf sieht sie jedoch nicht vor. Weiter ist es dringend erforderlich, daß die Verwaltung des Arbeitsnachweises auf paritätischer Grundlage geprägt, wenn die Arbeiter Vertrauen dazu haben sollen, daß die Leitung unparteiisch geführt wird. Notwendig ist ferner die Unentgeltlichkeit der Vermittlung im Gesetz vorgesehen ist.

Es wurde dann ein Schreiben der Generalkommission zur Verleihung gebracht, welches sie mit der für die Arbeiter so wichtigen Frage der Ernährung befaßt. Dies gab selbstverständlich Veranlassung, die Verhältnisse in Lübeck einer Besprechung zu unterziehen. Die Anwesenden konnten sich nicht dem Eindruck verschließen, daß den Forderungen unserer Vertreter in den verschiedenen Kommissionen, wie Ernährungsausschuss, Kriegsprüfungskommission usw. nicht die genügende Beachtung entgegengebracht werde. Somit kann es nicht angehen, daß auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung keine höhere Zu- resp. Verleistung stattfinde. Auch die Erhöhung der Preise für verschiedene Artikel, die gerade im Haushalte des Arbeiters so notwendig sind, können nicht für gerechtfertigt erachtet werden. Die Zuwanderungen von Fleisch und Knochen sei keine ideale. Es wurden Betriebe angeführt, wo von schwerarbeitenden Arbeitern keine Rente sein kann, während andere Gruppen, die schwer arbeiten müssen, man solle nur an den günstlichen Ausfall der Hafenarbeiter von solchen Vergünstigungen denken, im Verhältnis diese kleinen Vergünstigungen nicht verzeichnen könnten. Ein Gefühl, daß nicht alles gerecht zugehe, sei weit verbreitet. Es wurde den Vertretern der Arbeiterschaft aufgegeben, zu versuchen, Remedy zu schaffen. Hinter ihnen stehen über 12 000 organisierte Arbeiter, während von den Vertretern der Gegenseite in den Kommissionen doch ruhig behauptet werden könnte, daß sie nur als Einzelpersonen resp. als Vertreter kleiner Organisationen auftreten. Nach der lebhaften Debatte, in der die bestehenden Verhältnisse kritisiert wurden, fand nachstehende Resolution einstimmige Annahme:

Das Lübecker Gewerkschaftskartell ist der Meinung, daß die bisherige Lebensmittelversorgung der minderbemittelten Bevölkerung in Lübeck durchaus ungenügend ist. Das gewährte Quantum von Streichfett aller Art ist zu gering, die Brot- und Kartoffelflation zu klein und besonders sind die während des Gefehls der Kartoffeln gegebenen Ersatzmittel vollständig unzureichend und teilweise — wie Streichfett — durch Esteröle oder Fäulnis verdorben.

Unter diesen Umständen fordert das Gewerkschaftskartell als Vertretung von über 12 000 organisierten Arbeitern und Arbeitern und deren Familien, die insgesamt wiederum mindestens 30 000 Personen ausmachen, vom Lübecker Senat, daß er Vorkehrungen und zwar möglichst umgehend trifft, die eine bessere, gerechtere und ausreichendere Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung gewährleistet. Nur durch Erfüllung dieser bedeckenden Forderungen können die vereinigten Gewerkschaften Lübecks einen weiteren ungehinderten Fortgang der Kriegsarbeiten durch ihre Mitglieder verhindern, andernfalls lehnen die freien Gewerkschaften jede Verantwortung dafür ab.

Um 10 Uhr wurde die stark besuchte Versammlung geschlossen.

Erhebung der Kartoffelherrschaft. Weltwirtschaftsmeile ist unter den vielfachen Kartoffelhändlern die Meinung vertreten, die morgen stattfindende Erhebung der Kartoffelherrschaft ginge sie nichts an. Deshalb sei darauf hingewiesen, daß jedermann, also selbstverständlich auch jeder Kartoffelhändler, die Menge der in seinem Gewerkschaft befindlichen Kartoffeln anzugeben hat.

Statistische Monatsübersicht über die Stadt Lübeck im Monat Januar 1917. Die natürliche Bevölkerungsbewegung war im abgelaufenen Monat folgende (die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Vorjahr): es betrug die Zahl der Geburten 119 (149), Sterbefälle 208 (168). Die Geburten nahmen also gegen das Vorjahr um 15 und die Geburten um 30 ab, die Sterbefälle dagegen um 35 zu. Es ergab sich also ein Verlust von 34 (19) Köpfen. Unter den Geborenen waren 52 oder 20,2 Proz. (20 oder 18,4 Proz.) unehelich und 1 oder 0,8 Proz. (8 oder 20 Proz.) tot. Das Alter der Gestorbenen belief sich in 15 (27) Fällen auf unter 1 Jahr und in 62 (82) Fällen auf über 70 Jahre; die Sterblichkeit der alten Leute war also, wie bereits im Dezember, erheblich größer als im Vorjahr. Todessursache war in 37 Fällen Lungentuberkulose, Influenza und Krankheiten der Atmungsgänge, in 31 Fällen Krankheiten der Kreislauftorgane, in 22 Fällen Tuberkulose, in je 16 Fällen Krebs und Alterschwäche und in 11 Fällen Gehirnschlag. An-

Stunden Krankheiten erlagen 17 Personen, davon starben 6 an Diphtherie, je 4 an Malaria und Pocken, 2 an Typhus und 1 an Kindheitfeber. Anzeigepflichtige Krankheiten wurden 192 gemeldet, 108mal Diphtherie (darunter 10 Soldaten), 51mal Malaria, 18mal Pocken, 10mal Schalisch (darunter 9 Soldaten), 8mal Typhus, je 1mal Wochenbettfeber und Genitalstomatitis. Gewaltsam endeten 8 Personen und zwar 1 durch Selbstmord, 6 durch Verlustigkeit und 1 Kriegsteilnehmer infolge Friedensverletzung. Unter den Getorbenen waren 14 Kriegsteilnehmer und 1 Kriegsgefangener, davon starben 1 an Wundinfektionskrankheit, 7 an Tuberkulose, 1 an Lungentuberkulose, 1 an Influenza, 2 an Krankheiten der Kreislauforgane, 2 an Krebs und 1 vorläufige Verwundung.

Bestandsausnahme von Schuhwaren. Die Reichsbekleidungsstelle erlässt heute eine Bekanntmachung über eine Bestandsausnahme von Schuhwaren, um einen Überblick über die in Deutschland befindlichen Bestände zu erhalten. Zur Meldung verpflichtet sind im wesentlichen alle natürlichen und juristischen Personen, alle wirtschaftlichen Betriebe, alle öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Verbände, die meldepflichtige Gegenstände in ihrem Eigentum oder Gewahrsam haben. Nicht zu melden sind hauptsächlich Schuhwaren, die sich in Gebrauch befinden oder die in Haushaltungen liegen und deren gewerbsmäßige Verwaltung nicht in Aussicht genommen ist. Dagegen haben die zur Meldung verpflichteten Personen alle Bestände an Arbeitsstiefeln, Straßenstiefeln, Reitstiefeln, Tanz- und Gesellschaftsstiefeln, Sandalen, Hausschuhen und Pantoffeln sowie Sportschuhen anzugeben. Spediteure und Lagerhalter, welche wissen oder den Umständen nach annehmen müssen, daß sie meldepflichtige Gegenstände in Gewahrsam haben, sind verpflichtet, die zur Vornahme der Erhebung erforderlichen Auskünfte bei den Abhängern oder Empfängern dieser Gegenstände oder bei ihren Auftraggebern einzuholen. Als Stichtag für die Erhebung ist der 12. März 1917 angesetzt. Spätestens am 17. März 1917 müssen die Meldungen bei den mit der Einsammlung beauftragten Stellen, also den Magistraten, Landräten usw. eingereicht sein. Die amtlichen Vertretungen des Handels und des Handwerks, sowie die Fachvereine und die Fachpressen haben die Ausgabe übernommen, in Zweifelsfällen Meldepflichtigen Auskünfte zu erteilen. Etwas Anfragen sind daher an eine dieser Stellen, nicht an die Reichsbekleidungsstelle unmittelbar zu richten.

Biehzahlung am 1. März 1917. Am Donnerstag, dem 1. März wird auf Anordnung des Bundesrats eine Urne Biehzählung vorgenommen. Sie erstreckt sich auf Pferde, Rindviech, Schweine und unterscheidet die üblichen Altersklassen. Die Erhebung geschieht durch Umfrage von Haushaltung zu Haushaltung und zwar in der alten Stadt und den Stadtteilen Vorwerk und Krempelsdorf durch Beamte des Statistischen Amtes, in den übrigen Stadtteilen durch die Polizeibehörde und in den Landgemeinden durch die Gemeindevorstände. Wer von einem Zähler nicht angetroffen oder bei der Zählung übergangen ist, hat bis spätestens zum 3. März einen Biehbestand bei den vorgenannten Stellen anzumelden. Verletzung der Anzeigepflicht wird nach § 5 der Bekanntmachung des Statistischen Amtes vom 13. Februar 1917 mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis 10 000 Mk. bestraft.

Wie lange sollen Kinder und Jugendliche schlafen? Über diese Frage lädt der Vorstand des Hamburger Vereins für öffentliche Gesundheitspflege das Folgende. Das Schlafbedürfnis unserer Kinder wird vielleicht unzureichend und manche unerfreuliche Schulleistung erklärt sich, besonders in der Großstadt, aus der ungenügenden Erfüllung dieses Bedürfnisses. Man sollte sich vor allem über die Grundregel klar sein, daß der nächtliche Schlaf im allgemeinen für den Menschen sehr dann sein normales Erdrechte hat, wenn der Schlaf von selbst erreicht. Umsorgte Erhebungen in Schweden, die anschließende Gültigkeit auch für uns haben werden, haben ergeben, daß die durchschnittliche Schlafdauer beträgt:

jüngstes 7.—9. Lebensjahr	11 Stunden
" " 10.—11. "	10—11 "
" " 12.—13. "	10 "
" " 14. "	9½ "
" " 15.—16. "	9 "
" " 17.—18. "	8½ "

Mit kein Augenmaß darauf rücksicht, mög zu seinem großen Bebenen leben, das den Kindern allzu häufig durch frühes Erwachen

Kriegsfüchsen.

Die Ausgabestelle Wilhelmtheater wird zum 1. März zur St.-Jürgen-Bierhalle, Bismarckstraße 9, verlegt.
Die Ausgabestelle Moislinger Allee wird zum 1. März zur Bierhalle der II. St.-Lorenz-Straße Moislinger Allee, Ecke Meierstraße, verlegt.

Nach zweijähriger Unterbrechung wurde wieder die niedrigste Führerzeitung des Kaiserreichs wiederhergestellt, das auf unter anderem lieber Sohn und einer Bruder, der Ende November 1916 starb.

Ewald Breede
im 32. Lebensjahr am Freitag zu Sonnenow am 26. d. Jhs. infolge einer schweren Bronchitis den Siege zum Sieger gefallen.
Seine letzte Zeile lautete:
„Es kann nicht mehr geben als die gewohnteste Freiheit.“

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
Satzung Lübeck

Nachruf.

Beim Feuer dem Weltkrieg zum Opfer entzogene Krieger, die Rollen-

P. Beckmann

Br. Lissack
Reinh. Klatt

Ein weiterer Bericht ein abendes Gedanken zu machen.

1917. Die Ortsverwaltung.

Glasigkeiten

oder Art off.

C. Tschirn, Gleisstraße 35. Preis 25 Pf.

1917. Die Ortsverwaltung.

Arbeiterinnen

für die Kleider- und Garnierhaltung

F. A. Rieck,

Sachverständiger,
Sachverständiger.

1917. Preis 10 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

1917. Preis 10 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

1917. Preis 10 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Beide Seiten geladen am unteren Rand der Seite mit 10-12 Pf.

Ernährungsfragen in der Reichstagskommision.

Der Ausschuss setzte am Montag die Verhandlung bei dem neuen Wirtschaftsplan fort.

Abg. Herrold (Zentr.) hält die Durchführung eines Produktionszwanges für die Landwirtschaft unmöglich und glaubt, daß ein Mehretrag an landwirtschaftlichen Erzeugnissen damit herbeizuführen wäre. Es wäre zu wünschen, daß die Getreidepreise aufrichterthalten würden; aber nachdem einwandfreie Sachverständige zu dem Urteil gelangt sind, daß entsprechend dem Werte der Produktion die Preise einen Ausgleich erfordern müssen, könne man sich der Notwendigkeit einer Preiserhöhung für Brotgetreide nicht verschließen. Wir müssen also eine geringe Preissteigerung mit in den Kauf nehmen. Es muß aber vermieden werden, daß der Brotpreis erhöht werde. Den Kartoffelpfennig zu erhöhen, wird nötig sein, um einen besseren Anbau zu erzielen. Gegen die Heraufsetzung der Biehprixe sei kein Einwand zu erheben.

Aus einer Zusammenstellung, die das Kriegsernährungsamt über die Wirkung der Preisänderung dem Ausschuss unterbreite, ist zu entnehmen, daß nach den bisherigen Preisen der Wert der Produkte für alle Getreidearten, Zuckerübers, Kartoffeln, Kohlrüben und Bieb nach dem Abgabemengen Betrag von 9327,54 Millionen Mark erreichen. Nach den Preisänderungen, wie sie das Kriegsernährungsamt vorstellt, würde eine Steigerung des Ertrages auf 9777,86 Millionen Mark erzielt werden. Zur Begründung bemerkt der Präsident v. Batoeck, daß dieser Mehretrag mir erlangt wird, wenn der Ertrag der Ernte nicht heruntergeht. Die Berechnung geht dahin, den Beweis zu stefern, daß für den Erzeuger kein Vorteil bei der Preisänderung herauskommt.

Abg. Koch (Fortschr. Volkspr.): Mit der Preisrelation können man sich im großen und ganzen einverstanden erklären. Im Interesse der Kleinbürger wird es aber notwendig sein, die ersten in diesen Betrieben von der Beschlagsnahme freizulassen. Bei dem Zukärrübenpreise von 2 Mk. solle man es bewenden lassen; denn bei dieser Preisbestimmung ist in Ansatz zu bringen der Wert des Schnitzels und des Rübenkrautes als Biebhutter, der prozentual mit 70 Pfz. zu veranlassen wäre, so daß auch gegenwärtig bei dem schon festgesetzten Rübenpreise von 2 Mk. für den Landwirt eine Entschädigung von 2,70 Mk. herauskommt. Der Preis von 2 Mk. ist schon ein Aufschlag gegen den Friedenspreis am 100 Prozent.

Abg. Käppeler (Soz.) meint, daß die ökonomische Bewertung der wichtigsten Nahrungsmittel uns bisher vor dem Zusammenbruch rettete. Aber die Organisation zeige sehr viele Mängel, die bei dem neuen Wirtschaftsplan leider nicht vermieden werden. Die Preisrelation beruhe auf ungünstiger Grundlage; bei der Durchführung fehle es an einer strengen Innschaltung eines gerechten Ausgleichs. Der neue Wirtschaftsplan lasse alles offen, er nehme viel zu wenig Rücksicht auf eine Steuerung der Produktion. Selbst wenn wir im letzten Jahre 28 Millionen Tonnen Kartoffeln nur ernteten, so muß doch das Quantum für die menschliche Ernährung von ungefähr 12 Millionen Tonnen sicher zu haben sein. Diese Gegenverstellung zeige schon die schlechte Bewertung. Die Rückführung gegen die Landwirtschaft müsse auskönnen. Wenn es nicht im guten gehe, müßt zu dem Mittel der Entziehung greifen werden. Allerdings müßt der Landwirtschaft die nötige Unterstützung zuteil werden, sie müßt im Bezug der Düngemittel Erleichterungen erleben. Bei einer Erhöhung des Brotgetreides werde auch eine Steigerung des Brotpreises nicht zu vermeiden sein. Das wäre aber eine außerordentlich harde Last, die den minderbemittelten Volkschichten jetzt nicht auferlegt werden dürfe.

Abg. Molkenbuhr (Soz.) schlägt, wie im Vergleich zu den hohen Lebensmittelpreisen sehr viele Berufsschichten zu entsprechen die Erhöhung des Einkommens zu verzeichnen haben. Der Landwirt ist schon bemüht, das Land zu bebauen; eines befordernden Anreizes durch Preissteigerungen bedarf es nicht. Die Landwirtschaft hat auch bereits vom Beginn des Krieges ab teilgenommen an den Preissteigerungen; deshalb sind die neuen Ansprüche unverteiltigt. Wenn wir den Krieg gewinnen wollen, so heißt es heute, für die nötigen Nahrungsmittel sorgen. Im nächsten Jahre muß es mit unserer Lebensmittelversorgung besser aussehen. Das ist auch zu erreichen, wenn die nötigen Organisationen und Entwicklungen in der Durchführung bei dem Kriegsernährungsamt vorhanden sind.

Hegeler (Wp.): Es kommt hier auf ein richtiges Verhältnis der Preise an. Ob sie im einzelnen zutreffend sind, wie die Vor-

schriften der Professoren sie festlegen, muß einer näheren Prüfung unterworfen werden. Unser Wohlstand muß möglich reduziert werden.

Brinz v. Schönach-Carolath (Nat.): Wir müssen bewundern, wie unser Volk so lastet trägt, die ihm auferlegt werden; aber vertreten wir auch nicht, wie dem Landwirt heutzutage seine Verfügung über seinen Ernteaug, sein Vieh usw. genommen ist. Gerade der kleine Landwirt hat darunter schwer zu leiden. Es ist außerordentlich hart, wie heutzutage ohne Zustimmung des Landwirts das Vieh aus dem Stab enteignet wird. Ich wünsche sehr, daß der Präsident hier eine Erleichterung durchführt. Redner bespricht dann noch eingehend die Anbaumöglichkeit für das nächste Jahr.

Industrielle Berufsberatung.

Von Richard Boldt.

Der Techniker, der Betriebsorganisator, der Gewerkschaftsmann, all die Fachleute, die das industrielle Betriebsleben und die Anforderungen der industriellen Arbeitswirtschaft an den Menschen kennen, müssen mit dem Arzt und dem Gesetzgeber stehen.

Der Arzt macht den industriellen Kriegsbeschädigten, soweit das durch Säugung der frakten, geschwächten Organe und Ertrag durch künstliche Gliedmaßen möglich ist, wieder arbeitsfähig. Der Gesetzgeber hat die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß nun der Kriegskörper nicht nur untergebracht werden kann, sondern untergebracht werden muß. Es wäre eine Utopie, anzunehmen, daß unser industrielles Unternehmertum überall freiwillig die minder arbeitsfähigen Arbeitskräfte übernimmt. Das „freie Spiel der Kräfte“ bringt mich hier zusammen. Denn es ist die Frage, ob der Kriegskörper die billigste Arbeitskraft ist. Und trotzdem muß der aus dem Felde zurückgekehrte wieder in die Industriewirtschaft hinein. Ganz richtig haben weitausreichende Sozialpolitiker den Satz formuliert: Selbst wenn es möglich wäre, dem Kriegskörper eine Rente zu geben, viel wichtiger ist für ihn die Arbeit, der Weg, durch eigene Kraft für sich und die Seinen zu sorgen. Und so wird die Sozialpolitik nicht unter dem Zeichen des Mitleids, sondern des Rechts auf Arbeit stehen müssen.

Der Berufsberater hat sich mit der Frage zu beschäftigen, wo der Arbeitgeber am besten verwendungsfähig ist, wo er verwertet werden kann. Auf den Geschwängern aufmerksam, die der Nationalismus bis zum Kriege und während des Krieges geschafft hat, müssen wir in der Berufsberatung weiterarbeiten. Wir müssen überall das industrielle Produktionsfeld analysieren, ermitteln, wo die reinen Maschinenspezialisten eintreten und die Handarbeit einzutreten hat. Und dann sind die Mechanisierungsendenzen der Maschinewirtschaft, die körperlich die Arbeitsanforderungen des Menschen erleichtert haben, dazu zu benutzen, festzustellen, wo unter den Kriegskörpern die geeigneten Menschen noch Verwendung finden können.

Das, was wir praktische Krüppelfürsorge nennen, ist in Wirklichkeit anzowandeln Nationalismus, ist im letzten Grunde mit Vernunft durchgeführtes Taylorismus.

Das Taylor System nach dem amerikanischen Vorbild ist drüben zu einer heim- und Raubwirtschaft ausgebildet worden. In der Industriewirtschaft war der Reformarbeiter der Schriftsteller für Arbeitsleistungen, die unbegrenzt gewesen sind. Die Grenze, bis zu welcher der Arbeiter sein Arbeitsspielum hinzuftreiben hatte, war zwischen dem Unternehmer und dem Arbeiter eine Machfrage. Arbeitstempo und Arbeitsleistung wurden einfach dadurch geregelt, indem der Unternehmer keine Rückhalt auf irgendwelche sozialen Gesichtspunkte und sozialen Verpflichtungen nahm.

Dieser Amerikanismus nach dem Taylor System konnten wir schon nicht vor dem Kriege übernehmen. Dagegen haben sich die deutschen Arbeiter mit Recht gewehrt. Wir können ihn auch jetzt nach dem Kriege nicht anwenden. Professor Schleifer, der deutsche Taylor, hat in seinem Gedankenartikel an Taylor („Zeitschrift des Vereins Deutscher Ingenieure“) das Problem darüber definiert, daß die Arbeitsleistung bis zur Höchstgrenze des Arbeitstempes und der Arbeitsleistung des Arbeiters getrieben wird, daß über dies Maximum noch der Arbeiter ohne Schädigung seiner Gesundheit auszuhalten imstande sein muß.

Taylorismus in dem Sinne ist also Ausweiten der ergänzenden Produktivität unter Berücksichtigung des günstigsten Verbrauchs der Energie.

Wir werden lernen müssen, das Taylorismus sozial anzuwenden. Wer vor dem Krieg Sozialrational im rechten Sinn

vertreten hat, mußte fordern, daß uns die Menschen im Wirtschaftsleben bei aller vollen Verwertung ihrer Produktionskraft am besten, am längsten und am gesündesten erhalten werden.

Muß man diese Gedanken jetzt noch predigen, angegesichts der Lehren dieses gewaltigen Krieges? Die Widerstandsfähigkeit eines Volkes liegt in den Wurzeln seiner Volkswirtschaft, in der Masse, in dem gesunden Unterbau, dem breiten Fundament der Volksgemeinschaft.

Um die Notwendigkeit nach dem Kriege zu viel größere Umfang als bisher industriell unter dem Zeichen des Taylorismus arbeiten zu müssen, kommen wir nicht herum. Taylorismus ist eine Reiterperiode industrieller Entwicklung, das Taylorismus bedeutet sogar einen technischen Fortschritt. Indem gefehlt wird, sparsam und rationell zu arbeiten, alle überflüssigen Arbeitskräfte auszuschalten, treibt dieses Streben den technischen Fortschritt rasch und ruhig vorwärts. Immer besser und immer vollkommen sollen die Maschinen sein, um ein immer mehr geprägtes Produktionsergebnis zu erzielen. So bleibt auch dem modernen Arbeiter nichts übrig; er kann sich nicht gegen die Entwicklung stemmen, er muß auch hier mit diesem technischen Fortschritt fertig werden.

Freilich können der alte Taylor nur die richtigen und wahren Grundgedanken erkennen werden: Die besten und vorbehaltlosen Werkzeuge werden ausgebildet, der Mensch mit seinen jeweilig brauchbarsten Eigenschaften an den Platz hingestellt, an dem noch das günstigste Arbeitsergebnis zu erzielen ist.

Aber das kann nur erreicht werden, nicht gegen den Willen des Arbeiters, sondern mit seinem Einverständnis. Nicht durch Zwang, sondern indem er von der Notwendigkeit und der Möglichkeit des Produktionsziels zu überzeugen ist. Durch alle Leidenschaften, die für die Kriegsbeschädigtenfürsorge aufgestellt werden, muß der Grundgedanke gehen: Den Soldaten, der aus dem Felde kommt, soll der Lebensmut, die Arbeitsfreude, die Lebenszufriedenheit sich wieder als ein wichtiges und brauchbares Arbeitsglied fühlen lernen.

Die gefundenen Arbeiter haben in Friedenszeiten versucht, mit dem Taylorismus fertig zu werden, indem sie der Macht des Unternehmers ihre eigene Organisation auf dem Verhandlungswege gegenübersetzen.

Für den Kampf um Arbeitslohn in der Arbeitsleistung, wie es sich im letzten Grunde um die Durchführung des Taylorismus praktisch handelt, wurde die These formuliert:

„An die Stelle des bisherigen grobindustriellen Arbeitsvertrages, der doch nur ein Einzelvertrag mit dem einzelnen Arbeiter ist und nur einzig vom Unternehmer festgelegt wird, muß der kollektive Arbeitsvertrag treten, dessen Bestimmungen mit vernünftig werden von der Gesamtheit, der Organisation.“

Wo durch technische Analyse, plausiblere Ausbildung im Arbeitssentrum, bessere Benutzung der Betriebsmittel ein Produktionsfortschritt erzielt wird, ist auch dagegen für die Gewerkschaften kein Raum gewachsen. Über die Zulassung des Taylorismus ist direkt von der Macht der Organisationen abhängig zu machen. Die Errüttungen gründen müssen die Arbeitgeberorganisationen mit kontrollieren. Dem Organisationsvertreter ist ein Wissensumfangsrecht von Arbeitslohn und Arbeitsleistung einzuräumen.“

Auch die Berufsberatung und Unterbringung der Kriegsbeschädigten ist im Interesse des Arbeiters nur dadurch möglich, daß in allen Kommissionen, die darüber zu entscheiden haben, dem Unternehmervertreter der Arbeitgebervertreter gegenübersteht, an ihnen hat. Auch hier eine Verhandlungsfrage und in letzter Konsequenz eine politisch und gewerkschaftliche Machfrage. Berufsberatung einsichtig ohne Arbeitgebervertreter durchgeführt unter dem Einfluß des Unternehmers, bedeutet wirtschaftlicher Anarchismus, ist kapitalistisches Gewaltrecht, ist der berühmte „freie Arbeitsvertrag“, über die Leidenschaften und Wirkungen des Krieges hinweggeschleppt. Der Kriegsbeschädigte, der Mann mit der geschwächten Arbeitskraft, darf nicht in den Sortierapparat der Industriewirtschaft hineingeworfen werden, ohne daß soziale Kräfte warten, die den Menschen hüteten vor den mechanischen Entwicklungstendenzen der rücksichtslosen kapitalistischen Lustziele. Erst dann vermeidet der Taylorismus den Übergang zur Raubwirtschaft und bleibt in den Bahnen einer vernünftigen Lustzeile.

Deshalb muß auch die Betrachtung, die sich mit einer der größten Sorgenfragen unserer wirtschaftlichen Zukunft beschäftigt, austragen in die Mahnung: Nur wenn es der Arbeitersbewegung gelingt, stark und geschlossen, einigtreit und nachvoll, in die Kämpfe der Zukunft einzutreten, wird es auch möglich sein, mit den Wirkungen und Folgen auf das industrielle Arbeiterschaftsrecht fertig zu werden, wie es der Krieg gebracht hat.

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von F. M. Dostojewski.

104. Fortsetzung.

Sie war von aufgeräumtem, heiterm und fröhlichem Charakter; insofern der unauslöschlichen Schicksalsschläge hegte sie den unigen Wunsch und die Forderung, es möglichen alle in Frieden und Freuden leben, niemand anders leben, damit auch nicht die leiseste Diskrepanz im Leben, nicht das geringste Rücksicht habe sie in Verwirrung bringe, aber in einem Augenblick, nach all diese schimmernden Hoffnungen und Phantasien, begrann sie ihr Geschick zu versuchen, alles was ihr in die Hand kam, zu vernichten oder fortzuschändern und sich mit dem Kopfe an die Wand zu rammen.

Amalie Iwanowna hatte jetzt ungewöhnliche Aufmerksamkeit und Achtung für Katharina Iwanowna einzig deshalb wohl, weil diese das Gedächtnisse ausgerichtet hatte und Amalie Iwanowna mit ganzer Seele an allen Sorgen anderer teilnahm. Sie hatte es auf sich genommen, den Tisch vorzurichten, die Möbel zu beschaffen, das Geschirr und alles übrige, und in ihrer Küche die Speisen zu bereiten. Katharina Iwanowna hatte sie in allem bevollmächtigt, an ihre Stelle treten lassen und war dann nach dem Kirchhof gegangen. In der Tat war dann alles auf das vorzüglichste arrangiert: Der Tisch mit einem ziemlich sauberem Tischtuch gedeckt, das Geschirr, die Gabeln, Messer, Gläser und Löffel, alles war zusammengezogen und von verschiedener Farbe, von den verschiedenen Hausbewohnern herrührten, aber es bestand sich alles zur bestimmten Stunde auf seinem Platze, und Amalie Iwanowna, im Gefühl ihrer tödlichen Pflichterfüllung, begegnete den Zuriethrenden mit einem gewissen Stolz; sie war feinfühlig gekleidet, in einer Hand mit Tränen und in der anderen mit einem Kleid. Dieser Stolz, obwohl berechtigt, gefiel aber Katharina Iwanowna nicht, er bestiegte zu sehr „jene Amalie Iwanowna“ hatte ihr niemals Euren Tisch so zu deuten verstanden“, dann aber gefiel jener auch nicht die Hand mit den neuen Banden: „Ist diese dumme Deutsche etwas los auf sich, daß sie die Haushälterin ist und aus Gnade und Hartherigkeit eingewilligt hat, ihren armen Mietern beizustehen? Aus Mitleid! Ich bitte schön! Der Vater Katharina Iwanownas, der Oberst und heimliche Gouverneur war, deute so manches Mal seinen Tisch für siebzige Personen, sodass man da eine gewisse Amalie Iwanowna, oder rüchtiger gesagt Ludwigowna, nicht einmal in die Küche gelassen.

Katharina Iwanowna beobachtet sich indessen dahin, jetzt ihre Gefühle zu verbergen, obwohl sie bei sich selbst für erforderlich erachtete, die Amalie Iwanowna heute jedenfalls im Auge zu behalten und sie an ihre wahre Stellung zurückzurufen, die Gott weiß was für einzubilden schien und ihr so fast entgegenkam. Ein anderer unangenehmer Umstand vermehrte noch die Misstrauensfahrt Katharinas Iwanownas: Bei der Beerdigung war von den Haus- fünnern im Gesicht, welcher einen widerlichen Geruch ausströmte, ein kalter und beinahe blinder Alter, der einsam in einem Postamt gedient hat; und den jemand in unordentlichen Zeiten und aus unbekannten Ursachen bei Amalie Iwanowna entdeckt hatte. Ferner war ein trunksüchtiger, verabscheulicher Leutnant, in Wahrheit ein Privatbeamter mit höchst anrüchigem, rohem Gedächtnis, welches seine Toilette anbelangt — „...“

„...“ Er lag auf dem Tische, nicht einmal Katharina Iwanowna begrüßend; die einzige Persönlichkeit, die in Erinnerung eines Antrittes im Schatzkasten erschienen war; dies bestätigte dem auch so peinlich, daß es den Bemühungen Amali Iwanownas, das des Polats endlich gelang, ihn hinauszuführen. Der Polak hatte übrigens noch zwei Freunde mitgebracht, auch Polaken, die noch nie bei Amalie Iwanowna gewohnt hatten und, die noch niemand bisher in dem Hause derselben gesehen hatte.

Alles das berührte Katharina Iwanowna außerordentlich peinlich. „Für wen waren nun alle diese Vorberichtigungen getroffen?“ Die Kinder hattet man, um Platz zu gewinnen, nicht auf den Tisch gesetzt, welcher ohnedies die Stube ausfüllte, man hatte ihnen in der Ecke auf einem Kasten gesetzt und die beiden Kleinkinder auf ein Säckchen gesetzt; Polaken, als die älteste, mußte die Tischplatte über sie führen, sie füttern und ihnen als „mahlzeitzogen“ die Fässchen mitbringen. Katharina fühlte sich unwillkürlich vereinigt, allen mit verdoppeltem Selbstgefühl und logen Stolz zu begegnen. Einzelne blieben sie ganz besonders ernst an und ließ sie wegwerfend ein, sich um den Tisch zu versetzen. So der Antistat für alle, die nicht erschienen waren, Amalie Iwanowna verantwortlich sein müsse, wandte sie sich plötzlich an letztere in äußerst indigniertem Tone, den diese sofort fühlte, und welcher sie höchst pikierte. Ein solcher Anfang versprach kein gutes Ende. Kasimirowitsch kam fast in demselben Augenblick an, in welchem man den Begräbnis zurückfahrt. Katharina Iwanowna war außerordentlich erfreut darüber, besonders deshalb, weil er der einzige gebildete Gott von all den Gedachten sei, welcher sich ja „wie bekannt, seit zwei Jahren an hiesiger Universität zur Professorenlaufbahn“ vorbereite, dann deshalb, weil er sich sofort und der Form gemäß bei ihr entschuldigte, daß er trotz seines Wunsches verhindert geblieben sei, bei dem Begräbnis zu erscheinen. Sie eilte ihm bei nahe entgegen, ließ ihn auf dem Stuhl neben dem ihretwegen niedriger sitzenden Kinder, den zu Rechten saß Amalie Iwanowna, und wandte sich dann ungeachtet ihrer ununterbrochenen Sorge darum, daß es Essen für alle regelmäßig und hinreichend serviert werde, und ihres qualenden Hustens, der alle Augenblide widerlegte, sie sich erschöpfe, und in den letzten beiden Tagen sich verkrümmt zu haben hoffte, immer wieder ein Rastatorium in dem Beisein, diesem die in ihr gesammelten Empfindungen im halblautem Gespräch auszutragen zu lassen, all ihren Unwillen über das heutige mißlungene Gedächtnisse; mit diesem Unwillen mischte sich aber zugleich ein häusliches, heiteres, selbst andeutungsvolles Gefühl über die erschienenen Gäste, ganz besonders über die Hauswitwe.

(Fortsetzung folgt)

